



Newsletter SPD-Fraktion im Kreistag

Mai 2013

Es gibt noch Grundschulen die wachsen

Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion besuchten mit anderen Fraktionen des Kreistages die Wilhelm-Leuschner-Schule in Egelsbach, die einzige Schule am Ort.



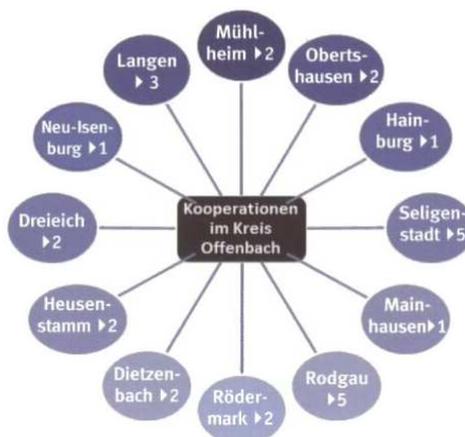
Die fünfzügige Grundschule mit Nachmittagsbetreuung verfügt über ein großzügiges, schön gestaltetes Außengelände. Sie hat jedoch im Inneren ein Platzproblem, das sich über steigende Schülerzahlen durch zwei Baugebiet in Zukunft noch verschärfen wird. Während das Baugebiet Brühl bereits in den Planungszahlen erfasst ist, ist das kleinere Baugebiet Leimkaute noch nicht



berücksichtigt. Zurzeit bringt die Schule ihre 20 Klassen in 17 Klassenräumen, zwei Containern und einem Fachraum unter. Das Lehrerzimmer ist sehr beengt. Das überwiegend junge Kollegium wünscht sich einen Arbeitsplatz und die Möglichkeit, Materialien zu verwahren. Für die künftig steigenden Schülerzahlen, hofft die Schule, dass das Provisorium „Container und Fachräume“ durch einen Anbau ersetzt wird, bei dem jeder Klassenraum mit einem Nebenraum ausgestattet wird.

Ist die Ganztagschule das Ende der Vereine?

Kinder gehen ganztags in die Schule, treiben dort auch Sport, sogar organisiert in Zusammenarbeit mit Sportvereinen. Ein Ergebnis, die Schule bildet eigene Mannschaften und den Vereinen geht der Nachwuchs aus. So beschrieben



Mitglieder des Sportkreisvorstandes - Peter Dinkel, Gerhard Liebermann und Reinhold Beck - eine Gefahr für schwindenden Nachwuchs in den Vereinen bei einem Gespräch mit der SPD-Kreistagsfraktion.

„In allen Kommune des Kreises engagieren sich Sportvereine in den



Schulen, nehmen also die Herausforderung positiv an, doch ein tragfähiges Konzept einer auf Dauer angelegten Zusammenarbeit gibt es noch nicht,“ erläuterten die Sportvereinsvertreter weiter. Vieles hänge von Zufälligkeiten ab. „Sind die Schulleiter und Lehrer kooperativ? Was passiert, wenn sich für Sportarbeitsgemeinschaften nicht genügend Schülerinnen und Schüler anmelden und wer finanziert langfristig die Angebote, wenn die Qualität durch ausgebildete Übungsleiter auf Dauer gesichert werden soll?“

Wenn es das erklärte Ziel der Politik sei, die Kompetenz der Vereine für den Aufbau eines Ganztagschulsystems zu nutzen, müssten noch viele Fragen geklärt werden, darin waren sich alle Gesprächsteilnehmer einig. Allgemeine Rahmenbedingungen allein reichten nicht, denn die besonderen Situationen vor Ort müssten immer bedacht und kooperativ gelöst werden.

Ganztagschule ist machbar

Die Sonnenblumenschule in Langen ist eine der Pionierschulen beim Ausbau zu einem ganztägigen Angebot im Kreis Offenbach. Seit fast zwei Jahrzehnten arbeiten die Schulgremien, der



v.l.n.r. Corrado di Benedetto (SPD-Wahlkreiskandidat für die Landtagswahl) Bärbel Seyer, Heinz Eyßen, Rolf Wenzel, Thomas Przibilla

Förderverein der Schule und die Stadt Langen daran, diese Schule im Langener Norden auf eine Ganztagschule hin zu entwickeln.

Also Grund genug für die SPD-Kreistagsfraktion die Diskussionen um den Ausbau der Schulen im Kreis mit einem Praxisbeispiel zu unterfüttern. Das Ergebnis: Die Beteiligten arbeiten engagiert an der Entwicklung ihrer Schule und nutzen die durch die Landespolitik aktuell möglichen Schritte zu einer Ganztagschule. Der enge Rahmen, den die Landespolitik vorgibt (Profil 2 nach den Richtlinien für ganztätig arbeitende Schulen in Hessen), lässt aber nur ein rudimentäres Ganztagschulangebot zu. Mit zwei zusätzlichen Lehrkräften ist an einem (!) Tag in der Woche für zwei Klassenstufen (= die Hälfte der Schülerzahl) ein Schulangebot bis 15:00 Uhr möglich. Die Zeiten bis 17:00 Uhr werden an allen Tagen durch Angebote des Fördervereins abgedeckt.



v.l.n.r. Christine Kilch (Vorsitzende des Fördervereins), Dominique Franzke (Schulleiterin), Bärbel Seyer, Rolf Wenzel, Heide Wolf

Die Nachfrage nach Plätzen für das Betreuungsangebot steigt ständig. 90 Plätze reichen nicht mehr aus, 40 Kinder, die die Betreuung nutzen wollten, mussten abgewiesen werden. Die Erkenntnis des Besuchs zusammengefasst: Die Zeit ist reif, Ganztagschulen flächendeckend



einzurichten - Eltern fragen danach, Pädagogen fordern dies schon lange und die Schülerinnen und Schüler profitieren von dem erweiterten Bildungsangebot. Gefragt ist die Landespolitik, die den Rahmen vorgeben und finanzieren muss. Kommunal finanzierte Betreuungsangebote sind nur eine Übergangslösung, die baldmöglichst beendet werden muss.

[Informationen zum Schulprogramm und viele Infos:](#)
www.sonnenblumenschule-langen.de

Ausbau der U-3-Betreuung kommt voran

In insgesamt elf von 13 Kommunen im Kreis Offenbach wird im Jahr 2013 in den weiteren Ausbau von Kleinkinderbetreuungsangeboten, sogenannte U-3 Einrichtungen, investiert. Mit einer Fördersumme von insgesamt 3,5 Mio € werden alle Projekte der Kommunen und von freien Trägern im Kreis gefördert. Die Gesamtkosten der Baumaßnahmen belaufen sich auf 15,2 Mio €. Damit werden insgesamt 284 neue Plätze für Kinder unter drei Jahren und weitere 24 Plätze in altersgemischten Gruppen geschaffen.

Weitere 31 Plätze in der Tagespflege (Betreuung durch Tagesmütter oder Tagesväter) erhalten ebenfalls eine Förderung in einer Gesamthöhe von 20.661 €.

„Dennoch steht fest, dass der Bedarf an Kleinkinderbetreuung im Kreis Offenbach - wie auch in anderen Landkreisen - trotz gesetzlicher Regelung und trotz großer finanzieller Anstrengungen von Kreis und Kommunen bis August 2013 nicht gedeckt werden kann,“ sagt Walter Fontaine, Mitglied des AK Soziales der SPD-Kreistagsfraktion.

Wird der Kreis Offenbach Modellregion Inklusion?

Der Leiter des Staatlichen Schulamtes für Stadt und Kreis Offenbach Dr. Peter Bieniußa bezeichnete in der jüngsten Schulausschusssitzung des Kreistages den Modellversuch „Begabungsgerechte Schule“ in Mühlheim und Obertshausen als vollen Erfolg. Dort war eine Lernhilfeschule, im Volksmund Sonderschule, im Jahr 2007 aufgelöst worden. Die Kinder wurden auf benachbarte Grundschulen verteilt. Einen einheitlichen Weg der dortigen weiterführenden Schulen für die Schülerinnen und Schülern aus den am Modellversuch beteiligten Grundschulen gibt es jedoch noch nicht.

Dr. Bieniußa führte aus, es liege nun nahe, den Kreis Offenbach zur hessischen Modellregion für Inklusion zu machen. Ein Konzeptentwurf stehe kurz vor dem Abschluss. Das Land Hessen habe zugesagt, die Zahl der FörderschullehrerInnen insgesamt nicht zu verringern. Dies bedeute, dass die heutigen FörderschullehrerInnen dann in den Grundschulen unterrichtet werden. Der Prozess werde mehrere Jahre dauern, da die bestehenden Förderschulklassen nicht aufgelöst würden, aber keine neuen mehr hinzukämen.

Der Kreis sei aufgefordert, seinen Anteil in Form von SchulsozialarbeiterInnen und IntegrationshelferInnen ebenfalls weiterhin zu finanzieren.

Als äußerst unbefriedigend muss aus Sicht der SPD-Kreistagsfraktion die Tatsache gewertet werden, dass Zahlen zum Stand der Inklusion im Kreis Offenbach zwar vorliegen, aber bisher vom Kultusministerium zurückgehalten werden.

Da das Konzept des staatlichen Schulamtes (=Kultusministerium) im

Der nächste Newsletter erscheint am 1. Juli 2013



Ausschuss nur mündlich und in Bruchstücken vorgetragen wurde, bleibt auch abzuwarten, ob das Land tatsächlich einen erkennbaren Fortschritt bei der Inklusion anstrebt oder wieder, analog dem Ganztagschulausbau, nur Vorhandenes umetikettieren will, sprich: die Lasten und Kosten auf andere verteilt werden sollen.

Gebührensatzung für Tageseltern wird überarbeitet

Eigentlich sollte eine neue Gebührensatzung für den Einsatz von Tageseltern im Kreis Offenbach schon verabschiedet sein. Aber der Kreis agiert hier nicht alleine. Da die Kommunen im Kreis vergleichbare Angebote in Krippen, Kitas und Horten vorhalten, muss auf die Gebührenhöhe in den Kommunen Rücksicht genommen werden, damit nicht ein Angebot wegen günstiger Gebühren überlaufen und das andere nicht nachgefragt wird.

Zusätzlich erschwert wird das Finden einer abgestimmten Gebühr noch durch die Tatsache, dass nur einige Kommune im Kreis Staffelgebühren nach Einkommen einführen wollen.

Mit Schülerflatrate auf den ÖPNV umsteigen

SPD-Kreistagsfraktion will kostengünstige Oberstufentickets erproben und die Zahl der ÖPNV-Fahrgäste erhöhen

An den Claus-von Stauffenberg-Schule in Rodgau wurde probeweise ein Schülerticket für die Oberstufenschüler eingeführt. Der Modellversuch ist durch die Hochschule Darmstadt wissenschaftlich begleitet worden und

basiert nicht zuletzt auch auf den guten Erfahrungen, die bereits mit Studententickets gemacht worden sind.

Im Rahmen der Studie mussten die Schülerinnen und Schüler für zwei Wochen ihre zurückgelegten Wege exakt festhalten. Verglichen wurde dieses Ergebnis dann mit ihrem Mobilitätsverhalten ohne das Ticket. Das Ergebnis war ermutigend. Mehr als 10% der zurückgelegten Wege wurden von den Jugendlichen auf Angebote des ÖPNV verlagert und zwar hauptsächlich in der Freizeit.

Der Modellversuch gibt auch Empfehlungen zu möglichen Tarifen, die akzeptabel für die jungen Nutzer sein könnten und empfiehlt eine Schülerflatrate (früher hieß dies Monats/Jahreskarte). Diese sollte neben Fahrten im Kreis Offenbach insbesondere auch die Stadt Frankfurt einschließen.



Besonders gut an der Idee – es sollen nicht nur keine Mehrkosten für das Oberstufenticket entstehen, mit diesem Angebot könnten sogar Mehreinnahmen im ÖPNV generiert werden, ohne dass zusätzliche Leistungen erforderlich werden würden. Denn die Schüler könnten die bestehenden Bus- und Bahnverbindungen nutzen, also bisher freibleibende Plätze nutzen.

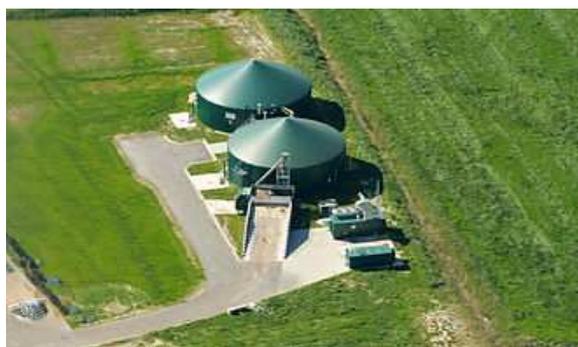
Die Vertreter der Kreis-SPD im Aufsichtsrat der Kreisverkehrsgesellschaft (KVG) wollen mit einer Initiative über die KVG jetzt erreichen, dass der Rhein-Main-



Verkehrsverbund (RMV) ein solches Oberstufenticket möglichst bald einführt. Wenn sich dieses bewährt, sollte nach Auffassung der SPD-Kreistagsfraktion außerdem angestrebt werden, auch für weitere Nutzer des ÖPNV ähnlich attraktive Angebote aufzulegen, um die Auslastung vorhandener öffentlicher Nahverkehrsangebote weiter zu steigern und neue Einnahmequellen zu erschließen.

Bald Bioabfalltonne in allen Kommunen

Ab dem 1.1.2015 ist es soweit: Die Bioabfallentsorgung geht in die Verantwortung des Kreises Offenbach über und in allen Kommunen des Kreises wird es eine separate Biomülltonne geben, so will es der Bundesgesetzgeber. Es liegt auf der Hand, dass die Bedingungen der Einsammlung und der Beseitigung in Absprache mit allen Beteiligten erfolgen soll. Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind in Hessen



nunmehr geschaffen, sodass die kommunale Seite daran gehen kann, Entsorgungswege und -modalitäten zu diskutieren.

Eine abgestimmte Lösung zu finden wird kein leichtes Unterfangen sein, müssen doch die Interessen aller Kommunen und die des Kreises in Einklang gebracht werden. Soll der Kreis selbst in eigenen Anlagen entsorgen? Soll er Dritte damit beauftragen, z. B. die Rhein-Main-Abfall

GmbH? Können sich die Kommunen auf eine einheitliche Einsammlungsart verständigen oder macht jeder was er will? Die Nagelprobe auf die Fähigkeit eine kreisweit interkommunale Zusammenarbeit zu organisieren steht also noch aus.

Die schlechte Nachricht zum Schluss

Die Kassenkredite des Kreises haben im Monat Mai zum ersten Mal die Grenze von 500 Millionen Euro überschritten. Nicht gedeckte Haushalte der letzten Jahre haben dazu geführt, dass dieser Betrag in eine solche Höhe wachsen konnte.

Der Ergebnishaushalt des Jahres 2013 beläuft sich auf ca. 527 Millionen Euro, d.h. der Kreis Offenbach muss sich die Ausgaben für einen ganzen Jahreshaushalt bei den Banken leihen. So geht es allerdings allen hessischen Landkreisen.

Die gesetzlich vorgegebenen Aufgaben werden durch die Einnahmen nicht mehr gedeckt. Der sogenannte Schutzschirm des Landes hat an dieser Situation nahezu nichts verändert.

Es wird höchste Zeit, dass der Landesgesetzgeber seine Verpflichtung erfüllt und für eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Landkreise sorgt. Aber auch dann wird es noch viele Jahre dauern, bis der Schuldenberg abgetragen worden sein wird.



Leserbriefe an:
SPD@kreis-offenbach.de